

Die Mitte-Partei und das Gewerbe haben viele Aber zu den EU-Verträgen

Die Frage des Ständemehrs lässt die Mitte offen, sie fordert aber weitere Massnahmen im Inland – das tut auch der Gewerbeverband

MATTHIAS VENETZ, BERN,
TOBIAS GAFAFER

Die Mitte-Partei hat sich Zeit gelassen und will das auch weiterhin tun. Am Mittwoch hat sie als letzte grosse Partei ihre Position zu den neuen EU-Verträgen geklärt. Am Mittwochabend hat sich auch der Gewerbeverband, als letzter grosser Verband, positioniert. Er sieht das Vertragspaket kritischer als die Mitte, lässt die Türe aber noch offen.

Die Mitte-Politiker der Aussenpolitischen Kommissionen haben sich in den vergangenen Wochen mit dem EU-Dossier beschäftigt und eine Positionierung zuhanden des Parteipräsidiums erarbeitet. Ein Entscheid der Parteibasis ist erst am Ende des parlamentarischen Prozesses vorgesehen.

Anders als entschiedene Gegner (SVP) und erklärte Befürworter der Verträge (GLP, FDP) vermeidet die Mitte es also, sich frühzeitig auf eine klare Parole festzulegen. Sie begrüßt im Grundsatz zwar «regelbasierte Beziehungen» mit der Europäischen Union, will sich nun aber auf die inländische Umsetzung der Verträge konzentrieren. In einem 40-seitigen Papier schreibt die Mitte, der Bundesrat habe ein «akzeptables Verhandlungsergebnis» erzielt. In der «innenpolitischen Umsetzung» gebe es aber noch «massgebliche Mängel».

Monitoring von EU-Recht

Wie wichtig die «innenpolitische Umsetzung» für die Akzeptanz der neuen Verträge werden könnte, zeigen auch die Bemühungen des Bundesrates in den vergangenen Monaten. Im Frühjahr haben sich die Sozialpartner unter Vermittlung von Helene Budliger Artieda, der Staatssekretärin für Wirtschaft, auf eine Reihe von Massnahmen geeinigt. Diese sollen die Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt abfedern und dem Bundesrat im Abstimmungskampf die Unterstützung der Wirtschaftsverbände sowie der Gewerkschaften sichern. Die Mitte schreibt dazu, sie werde sich für diese Vereinbarung einsetzen. Sie sehe die Forderung zum Ausbau des Kündigungsschutzes zwar «kritisch», werde aber einen «möglichen Kompromiss» prüfen.

Pointierter äussert sich die Partei zu den institutionellen Elementen. Auf völkerrechtlicher Basis habe der Bundesrat hier «ausreichende Absicherungen» erreicht. Das Konzept für die innenpolitische Umsetzung der dynamischen Rechtsübernahme sei hingegen «ungenügend» und müsse «grundlegend überarbeitet werden». So will die Mitte



Das EU-Paket sei «akzeptabel», nun brauche es aber «Nachbesserungen», sagt der Mitte-Präsident Philipp Breyg. ANTHONY ANEX / KEYSTONE

verhindern, dass Rechtsakte der EU «durchrutschen».

Konkret fordert die Mitte, dass der Bundesrat ein «kontinuierliches Monitoring» über die Entwicklung des für die Schweiz relevanten EU-Rechts betreibt. So soll er Kommissionen des Parlaments, die Kantone und die Öffentlichkeit frühzeitig informieren, wenn die EU Regeln festlegen will. Zudem soll das Parlament künftig – ähnlich wie die Kantone bereits heute – einen Delegierten nach Brüssel entsenden, der mit der «Früherkennung» von neuem EU-Recht betraut wird.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt die Mitte im Bereich der Zuwanderung. Die Schutzklausel in den neuen Verträgen (laut Bundesrat Beat Jans «ein Feuerlöscher») ist aus Sicht der Partei «eine Minimallösung». Der Bundesrat müsse klarer festlegen, wann die Schweiz sie anrufen könne. Zudem kündigt die Partei an, dass sie im Ständerat erneut einen Gegenvorschlag zur 10-Millionen-Initiative der SVP einbringen werde – der Nationalrat hatte einen solchen Antrag klar abgeschmettert. Mit ihrem Gegenvorschlag will die Mitte den Bundesrat beauftragen, er-

neut mit der EU über Möglichkeiten zu diskutieren, die Zuwanderung in der Schweiz zu regulieren.

Im Hinblick auf das Stromabkommen «anerkennt» die Mitte zwar dessen «Potenzial», widerspricht dem Bundesrat allerdings diametral. Dieser ist bekanntlich der Auffassung, das Stromabkommen gelte nur für Bereiche, die explizit erwähnt seien. Das würde bedeuten, dass die Schweiz weiterhin eigenständig über Konzessionen, Wasserrinse und Eigentumsrechte bei Wasserkraftwerken entscheiden könnte. Laut der Mitte ist diese Sichtweise allerdings «gewagt» und «in keiner Weise staatsvertraglich abgesichert». Deshalb fordert sie, dass Energieminister Rösti eine Bestätigung der EU einholt, die seine Sichtweise stützt. Damit spricht die Partei dem Bundesrat ihr Misstrauen aus.

Mehr Bürokratie befürchtet

Der Bundesrat dürfte diese Kritik ernst nehmen, denn die Befürworter der Wasserkraft bilden in der Mitte-Partei eine einflussreiche Interessengruppe. Besonders viel Rückhalt geniesst sie in den Bergkantonen, die das Stromabkommen

bereits kritisiert haben. Die Öffentlichkeit hat die Position der Mitte gespannt erwartet. Insbesondere, da die Partei – ebenso wie die FDP – europakritische und europafreundliche Kräfte umfasst. Doch während der Freisinn seine Dissonanzen wochenlang ausgetragen und an einer denkwürdigen Delegiertenversammlung eine Position beschlossen hat, wählte die Mitte einen diskreten Ansatz. Sie handelte das emotional aufgeladene EU-Dossier ab wie jedes andere Geschäft. So wollte die Partei innere Dissonanzen nicht weiter befördern.

Besonders deutlich wird dies bei der Frage des Ständemehrs. Auf über vierzig Seiten erwähnt die Partei das Ständemehr nicht einziges Mal. Der Parteipräsident Philipp Matthias Breyg sagte den Tamedia-Zeitungen dazu, der Bundesrat habe den Fehler gemacht, «sich zu früh gegen ein Ständemehr» auszusprechen. Diesen Fehler wollte er offensichtlich nicht ebenfalls begehen.

Das liegt auch daran, dass auf ihn – innerhalb und ausserhalb der Partei – divergierende Kräfte einwirken. Ähnlich wie auf den Schweizerischen Gewerbeverband (SGV).

Durchgesetzt haben sich wie bereits im Vorstand die skeptischen Stimmen. Die Gewerbekammer, eine Art Parlament des SGV, hat am Mittwoch mit 49 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine kritische Haltung beschlossen. Dies teilte der SGV mit. Der Verband befürchtet, dass mit dem EU-Paket die Bürokratie zunimmt und wegen der dynamischen Rechtsübernahme die Verwaltung gestärkt wird. Das bringe für kleine und mittlere Unternehmen einen Zusatzaufwand, schreibt er. Kritisch beurteilt die Gewerbekammer auch das geplante Abkommen über die Lebensmittelsicherheit.

Wegen der Tragweite der neuen EU-Verträge will der Gewerbeverband diese zudem dem Ständemehr unterstellen. Damit solle die teilweise Einschränkung der wirtschaftspolitischen Souveränität demokratisch breit abgestützt werden. Trotzdem will der SGV die Türe nicht schliessen. Er begrüßt das geplante Stromabkommen mit der EU und anerkennt, dass die Bilateralen den KMU zahlreiche Vorteile brächten, insbesondere die Personenfreizügigkeit.

Der Klärungsbedarf ist gross

Doch läuft die kritische Haltung nicht auf ein Nein hinaus? Der SGV-Präsident, der Ständerat Fabio Regazzi (Tessin, Mitte), verneint dies auf Anfrage. Es handle sich nicht um ein vorbehaltloses Nein. «Wir können noch Ja sagen.» Ähnlich wie die Mitte verlangt der Verband Nachbesserungen. «Der Bund soll uns bei der dynamischen Rechtsübernahme gut einbeziehen», sagt Regazzi. Die demokratische Mitwirkung müsse sichergestellt sein. Man erwarte vom Bundesrat Klärungen. Zudem müssten die KMU bei den Regulierungen und Abgaben entlastet werden. Das EU-Paket müsse ihnen neue Chancen eröffnen.

Seine definitive Position will der SGV beschliessen, nachdem das Parlament die Debatte abgeschlossen hat. Der Klärungsbedarf ist gross. Zwischen den Wirtschaftsverbänden gibt es substantielle Differenzen. Der binnendifferenzierte Gewerbeverband positioniert sich bei den neuen EU-Verträgen wesentlich kritischer als der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und der Verband der exportorientierten Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem).

Europafreunde hofften, dass der SGV das neue EU-Vertragspaket unterstützen würde. Regazzi hatte Erwartungen geweckt. Der Verband habe keine grundsätzlichen Einwände, sagte er letztes Jahr. Nun hat sich gezeigt, dass diese weiterhin beträchtlich sind.